Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang | Freitag, den 16. April 1920 | Nummer 127 ✗ Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 1.50 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16.— M., für das übrige Ausland 13.50 M. zuzüglich Valutazuschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 17.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 3.20 Mk. zuzügl. 50% Teuerungszuschlag. Familien- und Organisationsanzeigen die achtgesp. Nonpareillezeile 2.40 Mk. netto. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 1.25 Mk., jedes weitere Wort 85 Pfg. zuzügl. 50% Teuerungszuschlag. Stellengesuche, Familien- u. Organisations-Wortanzeigen kosten das fettgedruckte Wort 1.25 Mk., jedes weitere Wort 85 Pfg. netto.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895—96, 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Apparat der Gegenrevolution.

System Ludendorff.

Der 13. März hat den Nachweis gebracht, daß das Reichswehrministerium von Noske nur dem Namen nach geführt wurde. Auf Geist, Haltung und Stärke der Truppen hatte Noske, der Mann, der hinter einer scheinbar großen Geste seine eigene Unfähigkeit und Dummheit verbarg, absolut keinen Einfluß. Er war für die Militärs nur die vorgeschobene Kulisse, hinter der sie um so sicherer ihre Pläne durchführten. Wenn von einer eigentlichen Führung der Reichswehr überhaupt gesprochen werden kann, so lag sie beim Reichswehrgruppenkommando I. Hier liefen nicht nur die Fäden aller militärischen Sonderwünsche zusammen, sondern von hier aus wurden auch die Direktiven für das Reichswehrministerium gegeben, denen sich Noske unbedingt unterwarf. Der eigentliche Reichswehrminister war also bis zum 13. März nicht Noske, sondern Lüttwitz. Dieser Mann hat, gestützt und vorangetrieben von den militärischen Befehlshabern im ganzen Reiche, das Reichswehrministerium nicht nur auf legalem Wege unter einem ständigen Druck gehalten, sondern darüber hinaus auch illegal alle Maßnahmen angeordnet, um den Boden für den kommenden Putsch vorzubereiten. Da er und seine Mitverschworenen wußten, daß der stärkste Feind, der sich einer monarchistischen Erhebung entgegenstellen würde, die in der unabhängigen und kommunistischen Partei vereinigte Arbeiterschaft war, sollte deren Macht gebrochen, ihre Ziele verdächtigt, der ganze Organisationsbau zermürbt werden, bevor der große Wurf unternommen werden konnte.

Lüttwitz entfaltete zu diesem Zweck eine großzügige politische Tätigkeit. Er legte einen ausgedehnten Nachrichtendienst an, dessen Stab von Offizieren gebildet wurde, die während des Krieges auf diesem Gebiete tätig waren. Ganz Deutschland wurde mit einem engmaschigen Spionagenetz überzogen, die unsaubersten Elemente, darunter eine ganze Anzahl von Burschen, die mehrmals mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt geraten waren, wurden in den Dienst des Apparates gestellt. Jedes Freikorps, jede selbständige kleine Truppenformation hatte seinen eigenen Nachrichtendienst. Die Aufgabe der Spione war es, sich Eingang in die Organisationen der revolutionären Arbeiterschaft zu verschaffen, um ihre Pläne auszukundschaften. Da die Herren meist das nicht erfuhren, was den zuständigen Stellen angenehm war, wurden gefälschte Tatberichte angefertigt und an die obersten Stellen weitergegeben. Daneben hatten die Spitzel auch die Aufgabe, die Tätigkeit der Arbeiterführer zu überwachen und ihre Adressen auszukundschaften. Jede öffentliche Versammlung stand unter geheimer Ueberwachung. Bei der kommunistischen Partei gelang es sogar vielfach, Spitzel in die Organisation zu lancieren, diese erschlichen sich durch überradikale Reden das Vertrauen der Mitglieder, wurden teilweise Organisationsführer und betätigten sich in diesen Stellen ausschließlich als Provokateure.

Im Generalstab Lüttwitz wurde das aus dem ganzen Reiche eingegangene Material genau gesichtet und registriert. Die dafür zuständige Stelle führte die Bezeichnung „Abteilung Ic." In einer mustergültig angelegten Kartothek wurde das Material über jeden einzelnen Arbeiterführer gesammelt, so daß Lüttwitz die Möglichkeit hatte, bei Ausbruch der gegenrevolutionären Erhebung sofort zuzupacken, um der Arbeiterschaft ihre Führer zu nehmen. Dem Spitzelmaterial wurden aber auch die Gründe für die Schutzhaftbefehle entnommen, die auf Betreiben des Generalkommandos Lüttwitz massenweise verhängt wurden. Darüber hinaus wurden Berichte für die Presse und die Telegraphenbureaus angefertigt. Alle Alarmnachrichten, die im Verlauf des letzten Jahres über bevorstehende Putsche der Unabhängigen und Kommunisten in die Welt posaunt wurden, hatten hier ihren Ursprung. Die Abteilung Ic wurde geführt von dem bekannten Hauptmann Moyzischewitz, dem als persönlicher Adjutant Leutnant Ring und als Nachrichtenoffizier Hauptmann Dr. jur. Schwabacher zur Seite standen. Hauptmann Moyzischewitz hat im April 1919 über die Aufgaben der Propaganda und des Nachrichtendienstes eine handschriftlich gedruckte Broschüre veröffentlicht und darin sein politisches Glaubensbekenntnis wie folgt umschrieben:

Zuchthausstrafe für alle an der Vorbereitung und Durchführung von Aufruhrbewegungen irgendwie beteiligten in- und ausländischen Persönlichkeiten, Todesstrafe für bewaffnete Beteiligung an Aufruhr, Entwaffnung aller nicht zu den Regierungstruppen gehörenden Elemente, bewaffneter Schutz arbeitswilliger Arbeiter in streikenden Betrieben, Sperrung der Lebensmittel für solche Teile der Bevölkerung, die sich gegen die Regierung auflehnen, Unterdrückung jeglicher gegen die Regierung und ihre Maßnahmen gerichteten Hetze in der Presse, in Broschüren und Flugblättern, sowie in Ansprachen bei Versammlungen in geschlossenem Raum und unter freiem Himmel: das sind die Maßnahmen, die in der jetzigen Stunde der Gefahr gegen den drohenden Terror der Kommunisten nicht zu umgehen sind.

Hauptmann Moyzischewitz führt dann weiter aus, daß durch eine raffiniert schnelle und geschickte Berichterstattung der radikalen Presse entgegengearbeitet werden müsse. Dabei dürfe sich die Berichterstattung nicht nur auf die Abwehr beschränken, sondern sie müsse unermüdlich angreifen. Und Herr Moyzischewitz hat es verstanden, seine Kulis in diesem Sinne arbeiten zu lassen. Er fand in der bürgerlichen Presse eine willfährige Hetze, die alle Nachrichten ungeprüft aufnahm, sie der Oeffentlichkeit mit schreienden Ueberschriften bekanntgab, und nur die wenigsten Leser wußten dabei, daß sie absichtlich betrogen wurden, daß die Putschnachrichten von militärischen Stellen ausgingen, um die Oeffentlichkeit zu beunruhigen und die Gefahr von rechts, die immer drohender aufstieg, solange zu verschleiern, bis Herr Lüttwitz seine Pläne in die Tat umsetzen konnte.

Der Nachrichtendienst verschlang natürlich ungeheure Geldmittel. Diese flossen zum Teil durch geschickte Schiebungen aus der Reichskasse; darüber hinaus hatten aber die Schwerindustrie, das Bankkapital und die Großagrarier ein starkes Interesse an der Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterbewegung und an dem Wiedererstarken der Monarchie. Da für diese Kreise im politischen Kampf die verwerflichsten Mittel immer die besten sind, griffen sie tief in die Taschen und führten der Nachrichtenabteilung das Geld millionenweise zu. Beim Bankhaus Bleichröder, Unter den Linden, wurde das berüchtigte Konto Ic angelegt. Die Hauptspender waren Thyssen, Stinnes und Krupp. Für Berlin liefen die Spenden in den Händen des Geheimen Justizrats Kempner zusammen, jenes Demokraten aus den Kreisen des „Berliner Tageblatts", der nebenbei auch die antibolschewistische Liga finanzierte, die ebenfalls einen ausgedehnten Nachrichtendienst unterhielt und mit den militärischen Stellen in engster Gemeinschaft zusammenarbeitete. Schwerindustrie, Bankkapital und Großagrarier haben im letzten Jahr gegen 40 Millionen Mark für Spionage und Propagandazwecke an die Gegenrevolutionäre abgeführt. Den Löwenanteil heimste Lüttwitz, Konto Ic, ein. Aus dem Korruptionsfonds wurden neben anderen auch die Gelder für die Flucht Vogels und Marlohs entnommen; ebenso wurde das Baltikumabenteuer von hier aus finanziert, materiell und ideell gefördert, weil es den großen Auftakt zum Sturze der Republik in Deutschland geben sollte. Noch im Oktober 1919 beauftragte Hauptmann Schwabacher einen Offizier, 3½ Millionen Mark nach Mitau zum Korps Bermondt zu bringen. Lüttwitz war es auch, der in Berlin die Werbungen für das Baltikumabenteuer förderte und alle Maßnahmen durchkreuzte, die dem Werbeunfug ein Ende machen sollten. Die Kommandantur weiß davon ein Lied zu singen.

Das von Lüttwitz angelegte Nachrichtensystem ist nach dem Sturz der Kapp-Regierung nicht etwa verschwunden, sondern die Arbeit wird ungehemmt fortgesetzt. Von den militärischen Nachrichtenstellen werden die verlogenen Meldungen über das Ruhrgebiet verbreitet. Sie vertuschen die planmäßigen Vorarbeiten der Kappisten für einen neuen Staatsstreich, verwischen die Spuren der Hochverräter, überhäufen die Zivilbehörden mit gefälschten Nachrichten, wiegen sie in Sicherheit, damit die Verschwörer ungestört ihre Arbeit vollenden können. Das militärische Nachrichtenwesen stand bis zum 13. März im Dienste der monarchistischen Verschwörer; es ist ihnen heute noch völlig ergeben. Das Ludendorffsystem hat in ihm einen würdigen Nachfolger gefunden. Nachdem der Krieg beendet ist, keine Dynamitbomben und Brandgranaten mehr ins Ausland geschmuggelt werden können, wird Verwirrung, Unheil und Verderben im Inland angestiftet durch ein ausgeklügeltes Lügensystem, durch Provokationen, Mystifikationen und Konspirationen. Das militärische Nachrichtenwesen ist zu einem Pestherd geworden. Ihn zu beseitigen, ist das dringendste Gebot der Stunde.

Die Rüstungen zur Gegenrevolution.

Die Marinebrigade Ehrhardt, die jetzt im Munsterlager eingetroffen ist, hat in das Reich die Anweisung ergehen lassen, daß alle Offiziere, die in dem Kapp-Putsch verwickelt waren, sich im Munsterlager versammeln mögen. Die Marinebrigade Ehrhardt will für ihren Schutz sorgen. Eine große Anzahl Offiziere ist bereits dort eingetroffen. Der Zustrom hält unvermindert an.

In Pommern nehmen die Treibereien der Putschisten ihren Fortgang. Auf den Gütern sind etwa 4000 Baltikumer untergebracht. Sie geben sich jetzt als schlichte Landarbeiter aus, Tatsache ist aber, daß ihnen Infanteriegewehre, M.-G.s, Geschütze, Handgranaten und Munition in unbeschränkter Zahl zur Verfügung stehen. Die Waffen wurden schon vor dem 13. März nach Pommern gebracht. Sie sind auf den Gütern teilweise vergraben oder sonst gut versteckt worden. Der Nachrichten- und Kurierdienst klappt ausgezeichnet, da den Verschwörern der ganze von Lüttwitz geschaffene Spionageapparat zur Verfügung steht. Die zivile Polizei verfolgt die Spuren der Hochverräter Lüttwitz und Bischoff. Sie wird aber dauernd irregeführt, da die militärischen Stellen ihre Maßnahmen durchkreuzen und den Putschisten direkt in die Hände arbeiten. Die Verfolgung der Hochverräter wird besonders dadurch erschwert, daß der Polizei wohl ein Steckbrief, aber keine genaue Personalbeschreibung und keine Photographie zur Verfügung gestellt worden ist. Auch daraus ist zu ersehen, daß die Verfolgung der Verbrecher von gewisser Seite aus planmäßig sabotiert wird.

Ehrhardt und Seeckt.

Wir haben neuerdings berichtet, daß einer der Hauptführer der reaktionären Putschisten, Kapitänleutnant Ehrhardt, vor dem Abtransport seiner Brigade Abschiedsbesuche beim Reichswehrgruppenkommando und bei der Admiralität machen konnte. In der demokratischen „Berliner Volkszeitung" richtet nun Herr Erich Kabelitz folgende Anfrage an die Regierung:

Der Reichsjustizminister hat mitgeteilt, daß gegen den Marinebrigadier Ehrhardt ein Haftbefehl erlassen worden ist, der jedoch nicht durchgeführt werden konnte. Das wirkt befremdend; denn Ehrhardts Aufenthalt in Döberitz war doch bekannt. Man könnte einwenden, daß der Versuch einer Verhaftung Ehrhardts in Döberitz den Widerstand der bewaffneten Ehrhardt-Leute gefunden hätte und deshalb gefährlich gewesen wäre. Nun hat aber Ehrhardt nach dem Putsch täglich seine im Dienst des Reichswehrministers befindlichen Kameraden in Berlin aufgesucht und seinen Leuten gesagt, Herr v. Seeckt habe ihm beruhigende Zusicherungen über das Schicksal der Brigade gemacht. Es wird auch berichtet, daß Ehrhardt vor dem Abtransport seiner Brigade Abschiedsbesuche beim Reichswehrgruppenkommando und bei der Admiralität in Berlin gemacht hat. Der Reichsjustizminister wird also nicht umhin können, General v. Seeckt und alle in den Berliner leitenden militärischen Stellen tätigen Offiziere eidlich darüber vernehmen zu lassen, ob und warum sie nichts zur Vollstreckung eines Haftbefehls gegen einen Verbrecher getan haben.

Da an dem in der Presse geschilderten Sachverhalt nicht zu zweifeln ist, hat sich General v. Seeckt, zur Zeit noch immer der oberste militärische Befehlshaber in Berlin, der Begünstigung eines gerichtlich verfolgten Verbrechers schuldig gemacht, an dessen nach dem Kapp-Putsch fortgesetzten hochverräterischen Treiben nicht zu zweifeln ist. Wir erwarten, daß General v. Seeckt unverzüglich von seinem Posten entfernt und wegen der Begünstigung Ehrhardts unter Anklage gestellt wird.

Die K. P. D. für einheitliche Aktionen.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht eine Resolution des in diesen Tagen stattgefundenen Parteitags der kommunistischen Partei, die zu der durch den Kapp-Putsch geschaffenen Lage Stellung nimmt. Es heißt in dieser Resolution:

„Durch die Aktion des Proletariats in den Märztagen ist zwar der Versuch vom 13. März zum Scheitern gebracht, die Möglichkeit zur Wiederaufnahme solcher Versuche aber mit nichten zerstört worden. Im Gegenteil, die Verschärfung der Klassengegensätze, die die Kämpfe vom 13. März hervorgerufen haben, die Zunahme der außenpolitischen Spannung, die dauernd zunehmende Schwäche der Regierung müssen mit Notwendigkeit zu einer baldigen Wiederholung dieses Streiches militärischer Desperados führen.

Die K. P. D. muß jede Aktion, die der Hintanhaltung solcher Streiche dient, fördern und muß, wenn sie unternommen werden, fordern, daß die Gewalt der bewaffneten Militärbanden durch die Gewalt bewaffneter Arbeiter niedergekämpft werde. Nur die Ueberführung der Waffen in die Hand des Proletariats gibt Sicherheit gegen solche Ueberfälle, die nach innen die völlige Zerstörung der letzten Reste der deutschen Volkswirtschaft, nach außen den Krieg bedeuten.

Auch die Bewaffnung des Proletariats bedeutet noch nicht die Herrschaft des Proletariats, nicht die Räodiktatur. Sie ist nur eine Vorstufe dazu. Nur der übergenügte Wille der großen Massen des industriellen und ländlichen Proletariats kann die Grundlage der Räteherrschaft sein. Der Prozeß der Sammlung des Proletariats, der durch gemeinsame Kämpfe wie die im März ungemein gesteigert und vertieft wird, wird daher auf das Empfindlichste gestört, wenn im Laufe der Kämpfe sich Teile des Proletariats loslösen, und Ziele unmittelbar verwirklichen wollen, die das Proletariat in seiner überwiegenden Mehrheit noch ablehnt, oder beginnt, Mittel anzuwenden wie die Sabotage, die das übrige Proletariat als gegen sich gewendet ansieht, oder versucht, durch gegen die Arbeiter gerichtete Gewaltmaßregeln diesen die Auffassungen beizubringen, die sie in Wirklichkeit nur aus ihren Kämpfen als Klasse gewinnen können. Das Proletariat kann sich nur selbst befreien: es kann kein anderer für das Proletariat die Befreiung besorgen, noch mit Maschinengewehren das Proletariat zu seiner Befreiung zwingen, in einem Stadium, in dem die Entwicklung der Massen noch im Fluß ist.

Der Parteitag brandmarkt daher die niederträchtige Lüge der Bourgeoisie, die solche Irrtümer als Raub, Plünderung, Mordbrennerei ausgibt und zugleich als willkommene Gelegenheit betrachtet, Schandtaten ihrer eigenen Soldateska zu verhüllen. Es darf aber nicht verhehlt werden, daß im Resultat solche Disziplinwidrigkeiten das Proletariat in seiner Gesamtheit auf das empfindlichste schädigen. Sie wirken um so schädlicher, als sie die an sich begreifliche Verzweiflungsstimmung der Massen über die weißen Garden zu Verzweiflungshandlungen hinreißt, die der Bourgeoisie die Gelegenheit geben, das von ihr gewünschte Blutbad auszuüben.

Es ist zu begrüßen, daß der Parteitag der K. P. D. sich mit solcher Entschlossenheit gegen isolierte Aktionen kleiner Minderheiten wendet und die Irrtümer und Disziplinwidrigkeiten vereinzelter Gruppen verurteilt, die nur der Bourgeoisie Gelegenheit geben, die weißen Garden gegen die Arbeiterklasse loszulassen. Der Prozeß der Sammlung des Proletariats, den auch der kommunistische Parteitag feststellt, kann durch eine solche Maschinengewehrtaktik, die notwendigerweise zum Putschismus und zum Zusammenbruch führt, nur aufgehalten werden. Es wäre zu wünschen, daß die K. P. D. auch in ihrer Praxis an dieser Einsicht festhält, und nicht — wie das mehrfach auch in den letzten Wochen der Fall war — über die Köpfe der großen Mehrheit der revolutionären Arbeiterschaft hinweg, Parolen ausgibt, die die Aktionsfähigkeit und Geschlossenheit des revolutionären Proletariats gefährden.

Rechtssozialisten und Koalition.

Ein Nachrichtenbureau verbreitete gestern die Mitteilung, daß sich in den am Mittwoch stattgefundenen Versammlungen der Rechtssozialisten eine lebhafte Strömung geltend gemacht habe, die sich gegen die weitere Aufrechterhaltung der Koalition aussprach.

Dazu bemerkt der „Vorwärts":

„Richtig ist zweifellos, daß in den Kreisen der Berliner Parteigenossen die Koalition nur als ein taktischer Notbehelf empfunden wird, dessen man durch ein Erstarken der Partei bei den kommenden Wahlen gern enthoben sein möchte. Ebenso ist man der Meinung, daß unter bestimmten Umständen der Rücktritt der Partei in die Opposition einem Verbleiben in der Regierung vorzuziehen sein könnte, doch wird nirgends der Wunsch bestehen, den Deutschnationalen das Ruder in die Hand zu legen, ohne die noch einem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Mehrheit eine neue Regierungsbildung nicht möglich sein würde. Die Frage wird jedenfalls auf der bevorstehenden öffentlichen Reichskonferenz der Partei zur Erörterung gelangen, und die Diskussion in der bürgerlichen Presse wird sich besser auf den Bericht über sie stützen als auf die lakonische Meldung eines Berichterstatters, der nicht dabei war."

Im Gegensatz zum „Vorwärts" sind wir der Meinung, daß die Erfahrungen mit der Koalitionsregierung gezeigt haben, daß der „taktische Notbehelf", als den die Berliner Rechtssozialisten jetzt die Koalition ansehen, durchaus kein Behelf für die sozialdemokratische Arbeiterschaft, sondern nur ein Vorteil für das Bürgertum und die Reaktion gewesen ist. Der Austritt der Rechtssozialisten aus der Koalition würde dagegen die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats wesentlich fördern, seine Kraft stärken und die Regierung zu Zugeständnissen zwingen, zu denen sie sich gegenwärtig nicht veranlaßt sieht.

Standrechtliche Erschießungen.

Aus Münster wird gemeldet:

In Datteln-Amtswalde sind drei Spartakisten, und zwar das Mitglied des Vollzugsrats Köhl, der Schlosser Wallunrest und ein gewisser Rosenbaum, standrechtlich erschossen worden.

Vor einigen Tagen hat Herr Ebert erklären lassen, daß alle standrechtlichen Urteile vor der Vollstreckung ihm zur Bestätigung vorgelegt werden müssen. Wir fordern sofortige Aufklärung, ob das in diesem Falle geschehen ist und ob Herr Ebert die Verantwortung für diese Morde trägt, evtl. was er zu tun gedenkt, um diese verbrecherischen Akte zu ahnden.

T. U. Dortmund, 16. April.

Für den hiesigen Gerichtsbezirk ist ein außerordentliches Kriegsgericht eingesetzt worden, das seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat. Bisher sind aus Anlaß des letzten Putsches annähernd 400 Personen verhaftet worden. Eine Anzahl der verhafteten Personen sind aber bereits nach Prüfung ihrer Verhältnisse wieder freigelassen worden.

Keine Bestrafung wegen Abwehr des Kapp-Putsches.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

„Ueber die Frage der Strafbarkeit der zur Abwehr des Kapp-Lüttwitz-Putsches vorgenommenen Handlungen hat sich der Reichsjustizminister am 15. April d. J. im Reichstag eingehend geäußert. Er hat insbesondere ausgeführt, daß nach allgemeinen Grundsätzen eine Strafverfolgung aller derjenigen nicht in Betracht komme, die in der Abwehr des verbrecherischen Kapp-Putsches ihrer festen Ueberzeugung nach ihre Pflicht dem Volk gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glaubten. Selbst wenn man den objektiven Tatbestand einer strafbaren Handlung feststellen könnte, werde bei verständiger Prüfung in der Regel anzunehmen sein, daß der subjektive Tatbestand, d. h. das Bewußtsein von der Rechtswidrigkeit des Verhaltens keinesfalls vorliege."

Bisher ist nach diesem Standpunkt aber durchaus nicht verfahren worden. Gegen viele Arbeiter im Ruhrgebiet, die die reaktionären Korps Lichtschlag, Lützow und Schulz unschädlich gemacht haben, aber längst vor dem 2. April ihre Waffen bereits wieder abgegeben hatten, sind die Reichswehrtruppen eingeschritten und es sind Verurteilungen erfolgt.

Die Militärs kümmern sich einfach nicht um die Anordnungen der Regierung und diese hat nicht die Kraft, der Reichswehr den Boden für ihre Uebergriffe zu entziehen.

Die Bestrafung der Putschisten.

Auf eine Anfrage, wie weit die von der Regierung angekündigte auf den Bestimmungen der Strafprozeßordnung beruhende Vermögensbeschlagnahme der Hauptschuldigen des Kapp-Putsches durchgeführt ist, wird der „Voss. Zeitung" von zuständiger Stelle erklärt, daß sowohl die Beschlagnahme der Bankguthaben als sämtlicher Immobilien der Beschuldigten erfolgt ist.

Ein Kampfruf Dr. Heims.

Der bayerische Bauernführer Dr. Heim, dessen partikularistische Neigungen zu seiner Absonderung von der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung geführt haben, hat auf der Oberpfälzer Provinzialversammlung der Bayerischen Volkspartei eine Rede voll heftiger Anklagen gegen die „Berliner Zersetzung und Gehirnerweichung" gehalten. Es ist überflüssig, von seinen weiteren bajuwarischen Kraftausdrücken Kenntnis zu geben, doch erscheint es uns als ein Symptom für die Stimmung in bayerischen Zentrumskreisen, daß Heim die Einführung des Zehnstundentages, der Akkordarbeit, das Streikverbot und die Einsetzung von Schiedsgerichten anstelle des Streiks, als die dringend notwendigen Gebote des Augenblicks bezeichnete.

Das Reichswahlgesetz.

In der gestrigen Beratung über das Reichswahlgesetz im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung kam es zu einer längeren Aussprache über die Bezahlung der Stimmzettel durch das Reich. Der Demokrat Waldstein betonte, es sei an sich jetzt Sache der Behörden, die Wähler mit den Zetteln zu versehen. Er stellte den Antrag, den Parteien für jede abgegebene Stimme einen Zuschuß von Reichs wegen zu gewähren. Gegen diesen Vorschlag äußerte Löbe Bedenken und auch der Genosse Eichhorn betonte, daß durch die Bezahlung der Stimmzettel durch das Reich die Parteien etwas von ihrer Selbständigkeit verlieren könnten. Da der deutschnationale Abgeordnete Dietrich äußerte, die Mehrheitsparteien würden sich im Wahlkampf dem Vorwurf nicht entziehen können, daß sie für ihre Parteikasse noch schnell einen Vorteil erzielen wollten, zog der Abg. Waldstein mit Rücksicht auf die nach dieser Rede „zweifellos zu erwartende unsachliche und agitatorische Ausnutzung" der Angelegenheit seinen Antrag zurück.

Es wurde ferner beschlossen, daß die Stimmabgabe wie bisher mit Umschlägen zu geschehen habe.

Der Verlust Nordschleswigs. Nach einer Meldung aus Flensburg hat die Internationale Kommission der dänischen Regierung mitgeteilt, es sei wünschenswert, daß Dänemark die erste Zone sobald wie möglich in militärischer und ziviler Beziehung besetze.

Die Wahlen in Danzig. Der Sekretär des Völkerbundes hat dem britischen Kommissar in Danzig mitgeteilt, daß die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung der Freistadt Danzig am 16. Mai stattfinden sollten.

Freie Volksbühne.

In der Generalversammlung der Freien Volksbühne hielt gestern nach geschäftlichen Mitteilungen des Herrn Winkler Dr. Nestrieple einen Vortrag über Wesen und Zwecke der Volksbühnen. Er schilderte, wie durch die Revolution auch im Theaterwesen Aenderungen eintraten, so wurde die Zensur der Theaterstücke aufgehoben, die Schauspieler erhielten Mitbestimmungsrecht usw. Wenn nun leider für die Sozialisierung der Theater auch von seiten der Kommune nichts geschehen ist, so liegt dies wohl weniger an dem guten Willen der Stadtverordneten, als daran, daß tatsächlich die Mittel dazu nicht vorhanden sind. Aber trotzdem müßte es Aufgabe der Kommune sein, Mittel bereitzustellen, um der großen Masse Kunst und Kunstgenuß zu verschaffen. Er zog dann eine Parallele der Konsumgenossenschaften mit den Volksbühnen, so wie erstere für das leibliche Wohl ihrer Mitglieder zu sorgen haben, so ist es Aufgabe der Volksbühne, das Kulturbedürfnis der Mitglieder nach Theatervorstellungen usw. zu befriedigen. Außerdem stehe auch noch den Volksbühnen die Aufgabe zu, die künstlerischen Leistungen auf ein höheres Niveau zu bringen. Während in bürgerlichen Theatern der Geschmack der zahlungsfähigen Besucher (Amüsierpöbel) maßgebend ist, so ist bei der Volksbühne durch den künstlerischen Ausschuß den Mitgliedern ein Einfluß auf den Spielplan gesichert. Er ging dann auf ähnliche Bestrebungen im Theaterwesen ein, Theatergesellschaft Schloßpark, Proletarisches Theater, Tribüne, und ist der Meinung, daß in der Volksbühne der Einfluß der Mitglieder wohl am besten gewahrt ist. Weiter gab er bekannt, daß nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten, Leipzig usw., der Gedanke der Volksbühnen beginnt Platz zu greifen. Da nun aber in Berlin zwei Volksbühnen bestehen, so war schon lange der Wunsch, diese beide Bühnen miteinander zu verbinden. Nachdem sie schon beide im Kartellvertrag gestanden haben, sind jetzt durch Verhandlungen die Grundlagen gemeinsamen Schaffens gegeben. Das Statut unterzog er einer kurzen Prüfung und war der Meinung, daß die Bestrebungen der Volksbühne durch die Vereinigung nur gewinnen könne. Die Verwaltung und die Ordnerschaft empfahlen die Auflösung der Volksbühne und den Anschluß an die Freie Volksbühne E. V. zu vollziehen.

Die Versammlung stimmte dem zu, auch dem Antrage, das Vermögen dorthin zu überweisen. Der Vorsitzende Kurt Baake gedachte in bewegten Worten der ganzen Entwicklung der Freien Volksbühne und sprach allen denen, die am Gelingen des dreißigjährigen Bestehens mitgewirkt haben, seinen Dank aus. Er gab zum Schluß der Ueberzeugung Ausdruck, daß das arbeitende Volk in der „Volksbühne" eine Stätte finden wird, in der es sich heimisch fühlen soll. Zum Schluß kamen noch die Wünsche einiger Mitglieder betreffs besserer Berücksichtigung bei einigen Vorstellungen zum Ausdruck, auch der Wunsch nach Jugendabteilungen, was vom Vorstand zugesagt wurde.

Der neue Glaube.

Es gibt Bücher, in denen man immer wieder neue Sätze findet, die einen bewegen und festhalten, weil sie nicht nur geschrieben wurden, um aufzurütteln, sondern weil sie von einem aufgerüttelten, suchenden Menschen stammen. So ein Buch hat Nadja Strasser geschrieben; es ist sicher wirkungsvoller, als tausend Manifeste und lyrische Beschwörungen*). Ihr ist Sozialismus keine Parteiangelegenheit, sondern ein Urgrund allen wahren Menschentums.

Das scheinbar stille, grübelnde Buch der Strasser ist revolutionär, wennschon jede übliche revolutionäre Geste fehlt. Es wendet sich gegen die bürgerliche Gesellschaft, tastet alle ihre mürben Unterlagen ab, stellt Widersprüche und Fäulnisse fest, enthüllt die Denkresultate einer rastlos sinnenden, unzufriedenen Frau, die sich unermüdlich Rechenschaft über alles gibt, was rings um sie vorgeht. Sie zergliedert menschliche Beziehungen, klagt an, verteidigt, beschönigt nie, sagt erbarmungslos, was sie gesehen hat — wahrhaftig, offen und voller Trauer. Ausgangspunkt ist immer das Leben, eine Tatsache, ein Fall; Endpunkt ist immer der Mensch. Sie wendet sich gegen den Menschen als Produkt der Gesellschaft, sie wird immer für den Menschen sein als Geschöpf, das nach Läuterung ringt.

Es gibt Abschnitte in diesem knappen, reichen Werke, welche an alles menschliche Elend rühren und mit dem unerbittlichen Willen geschrieben wurden, endlich ein Ende zu machen. Aus Hader und Unterdrückung wächst der Glaube an den Sozialismus wie an eine neue Religion, einen neuen Glauben herauf.

Kurt Kersten.

*) Nadja Strasser, Das Ergebnis. Lyrische Essays („Dichtungen und Bekenntnisse aus unserer Zeit"). S. Fischer, Verlag, Berlin.

Die akademische Schmach.

An der Universität macht sich heute mehr denn je der rückschrittliche Professorengeist der Eduard Meyer, Kahl und Roethe breit. Da ist für die Träger neuen Geistes und neuer Kultur kein Raum. Eben erst hatten wir den Fall Nikolai, und jetzt wird aus München gemeldet, daß der durch seine politische Tätigkeit bekannte Professor Wilhelm Förster das Kultusministerium um Enthebung von seinem Lehramt an der Münchener Universität ersuchte, weil die deutschen Universitäten zur Zeit nicht der Boden seien, auf dem ein neues Deutschland erwachsen könne.

Die Einsteinsche Lehre. Im zweiten Vortrag des Lehrkursus, den Dr. Werner Bloch im Rahmen der Veranstaltungen des Monistenbundes hält, führte der Referent aus, daß die Versuche, den Bewegungszustand des Aethers festzustellen, zu einem scheinbar unüberwindlichen Dilemma geführt haben, zudem nach dem Tiseau-Versuch die Erde sich durch den ruhenden Aether hindurch zu bewegen scheint, während der Michelsohn-Versuch zeigte, daß Aether und Erde gegeneinander nicht bewegt sind. Den Ausweg aus dieser Schwierigkeit brachte die Einsteinsche kritische Durchprüfung der bei diesen Aufstellungen „selbstverständlichen" Annahmen, daß Zeitangaben unabhängig vom Bewegungszustand der Uhr seien, von der die Zeit abgelesen wird. Gibt man diese Annahmen auf, sowie diejenige, daß die „Länge" eines Körpers immer dieselbe sein müsse, gleichviel von welchem Körper aus und nach welcher Methode die Länge gemessen wird, so wird der Weg frei zur Aufstellung einer Theorie, die diesen scheinbaren Widerspruch zum Verschwinden bringt. Der Referent ging noch auf die Ergebnisse dieser Theorie für bewegte Körper ein, die in der Bewegungsrichtung verkürzt erscheinen.

In der Volksbühne ist die Erstaufführung von Kleists „Käthchen von Heilbronn" auf nächste Woche Freitag, abend 7 Uhr, festgesetzt.

Das Neue Volkstheater (Köpenicker Str. 68) bringt am Dienstag, den 20. d. M. als nächste Neuheit die Uraufführung des Schauspiels „Die Brüder Karamasow" nach Dostojewskis Roman, für die Bühne bearbeitet von Wilhelm Kaiserowski.

Die Große Volksoper Berlin veranstaltet am 27. April im Marmorsaal Zoo ein großes Orchester- und Chorkonzert in Form eines Beethovenabends. Im Rahmen des Programms wird auch die 9. Sinfonie mit Schlußchor zur Aufführung gelangen. Dirigent des Abends ist Paul Scheinpflug. Solisten Josef Mann, Aline Sanden, Karl Ermster, Frida Langendorff.

Im Deutschen Opernhaus zu Charlottenburg ist die Erstaufführung der komischen Oper von Hermann Göß „Der Widerspenstigen Zähmung" am nächsten Montag. Oberspielleiter Lagenpusch hat die Szenische, Kapellmeister Eduard Mörike die musikalische Leitung.

Im Staatsschauspielhaus gelangen als nächste Neuaufführungen noch in dieser Spielzeit von den bereits früher angenommenen Werken Brechts „Alkestis" und Hauptmanns „Fuhrmann Henschel" von den neu angenommenen Werken Crommelincks „Maskenschnitzer" zur Darstellung.

Im Thaliatheater hat die Sommerspielzeit mit der Aufführung einer Posse mit Musik von Walter Göhe begonnen, die eine vergröbernde Bearbeitung des Blumenthalschen Lustspiels „Der blinde Passagier" ist. Nach ihm heißt es „Ehe, Amor auf Reisen" und wurde vom Publikum höchst vergnügt aufgenommen. Ferry Sikla und Betty Feiner trugen in erster Reihe zum Erfolge bei.

Die englisch-französische Verständigung.

T. U. Frankfurt, 16. April.

Die „Frankfurter Zeitung" schreibt:

Wie alle englischen Blätter, enthält auch die „Daily Mail" vom 14. April ausführliche Pariser Berichte über Millerands Ausführungen in der Kammer. Das liberale Blatt weiß indessen bei dieser Gelegenheit mehr zu berichten, als die übrigen Londoner Zeitungen. Nachdem der Korrespondent festgestellt hat, daß Millerand die Texte der zwischen England und Frankreich anläßlich der Besetzung Frankfurts a. M. ausgetauschten Noten nicht verlesen, sondern nur in ganz ähnlichen Worten, wie Bonar Law im Unterhause die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines engen und herzlichen Uebereinkommens betont, jedoch die Bedingungen dieses Uebereinkommens nicht erwähnt habe, gibt er selber in seinem Bericht die Bedingungen des Uebereinkommens wie folgt an:

1. Frankreich wird Frankfurt a. M., Darmstadt und die übrigen Städte räumen, sobald die von Deutschland ohne Ermächtigung in das Ruhrbecken entsandten ergänzenden Streitkräfte zurückgezogen worden sind.

2. Deutschlands Forderung, daß die ihm durch die Konzession vom August 1919 zugestandenen Streitkräfte die Erlaubnis erhalten, weitere 3 Monate, vom 10. April an gerechnet, in dem in Frage stehenden Gebiet zu verbleiben, soll Gegenstand einer Entscheidung der Alliierten auf der Konferenz in San Remo sein.

Der Korrespondent der „Daily News" nennt die Quelle seines Wissens nicht, doch erwecken auch die anderen englischen Blätter den Eindruck, daß man in England glaubt, die Versöhnung der beiden Bundesgenossen habe tatsächlich auf der hier bezeichneten Basis stattgefunden.

Russisch-italienisches Gefangenenabkommen.

T. U. Rotterdam, 16. April.

Der „Nieuwe Rotterd. Cour." meldet aus Paris:

Wie die Blätter melden, schloß Litwinow in Kopenhagen mit dem italienischen Vertreter ein Abkommen, wodurch alle Regierungsoperationen in Rußland über die Agentur der russischen Genossenschaften in Rom und in Italien über eine entsprechende italienische Organisation laufen müssen. Der „Messagero" teilt mit, daß Bombaci, der italienische sozialistische Abgeordnete und Vertreter der Räteregierung in Italien, einen Plan für ein politisches Abkommen betreffend den Austausch von Gefangenen entworfen hat. In Italien befinden sich 5000, in Rußland 400 Gefangene.

Der Klassenkampf in England.

Während in Deutschland die Arbeiter den Kampf gegen reaktionäre Putschisten führten, bereitete sich in England ein anderes Ringen vor, in dem ebenfalls die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft einsetzen muß, wenn sie über ihre kapitalistischen und imperialistischen Gegner siegen will. Wir deuteten schon mehrfach an, daß sich in England die Dinge auf eine große Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit zuspitzen, und daß Lloyd George, der ehemals radikale Liberale, den die Tories als ihren größten Feind betrachteten, aufs äußerste bemüht ist, Konservative und Liberale aller Schattierungen zu einer geschlossenen Kampffront gegen die Arbeiterschaft zu vereinigen. Bei den allgemeinen Wahlen soll die entscheidende Schlacht geliefert werden; die Nachwahlen sind Vorkämpfe, um die Truppen zu erproben und vorzubereiten. In diesen Tagen erst hat der Premierminister seinen Koalitionsliberalen auseinandergesetzt, daß eine neue Partei in die Politik hineingeplatzt sei, die durch Uebernahme der Industrie durch die Allgemeinheit den Hand- und Kopfarbeitern die vollen Früchte ihrer Arbeit sichern wolle. Dem stehe die Doktrin des Liberalismus entgegen, der am privaten Besitz als dem besten Agenten für die Wohlfahrt der Allgemeinheit festhalte! Fahren Liberale und Konservative jedoch fort, sich wie bisher zu bekämpfen, so bestehe die ernsthafte Gefahr, daß die Sozialisten eine zeitweilige Mehrheit erhielten. Also Einigung gegen die Arbeiterklasse!

Diese Politik Lloyd Georges war zu erwarten, und wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß schließlich die gemeinsamen Interessen Konservative und Liberale verbinden werden bis auf wenige einzelne, die den Prinzipienverrat nicht mitmachen können und zerrieben werden.

Die Arbeiterschaft betrachtet mit Recht die Aussprache Lloyd Georges als eine Kampfansage, und sie nimmt den Kampf auf. Im „Daily Herald" antworten Henderson, Adamson, Clynes, Macleon, Hodge. Sie sind nicht weiter erstaunt, daß der Aufruf zur Sammlung gegen die Arbeiterschaft gerade jetzt erfolgt, es ist der beste Beweis dafür, daß durch die Ablehnung der direkten Aktion für die Nationalisierung der Minen die Pläne des Premiers durchkreuzt wurden. Er hatte gehofft, daß ein Generalstreik die Aengstlichen und die Uninteressierten auf seine Seite bringen werde, wenn er den Streik mit Gewalt zu Boden geschlagen hätte. Er wollte die Arbeiter zuerst schwächen und dann mit der Wahlparole: Schutz dem Eigentum; gegen Bolschewismus und Kommunismus allgemeine Wahlen ausschreiben. Dies Konzept wurde ihm jedoch verdorben, und er muß es nun auf andere Weise versuchen. Er ruft zum unverhüllten Klassenkampf auf, er, der Vertreter der Bourgeoisie, die den Klassenkampf der Arbeiter verurteilt.

Das Wunderbare aber ist, daß die britischen Arbeiter zwar den Kampf annehmen, daß sie aber, wie einer ihrer Führer, A. Henderson, erklärt, die Parole des Klassenkampfes ablehnen. „Die Arbeiterpartei würde sich schämen, ihren Triumph mit solchen (selbstsüchtigen) Mitteln zu erringen. Wir sind keine Klassenpartei . . . Lloyd George weiß sehr gut, daß gerade der überzeugende Charakter ihres Wiederaufbau-Programms der Arbeiterschaft die Unterstützung der Wähler gewinnt. Deshalb hat er, nachdem er sich mit der Reaktion identifizierte und der Verteidiger privater Interessen wurde, die das Volk ausbeuten, der Partei des Volkes den Krieg erklärt. Die Arbeiterschaft nimmt die Kampfansage auf. Wir wollen den Wählern eine Gelegenheit geben, zwischen der Klassenpolitik Lloyd Georges und der Politik des Volkseigentums und demokratischer Verwaltung öffentlicher Unternehmungen zu wählen, für die die Arbeiterpartei eintritt."

Clynes meint, die Sozialisten brauchten nicht in Sorge zu sein, denn der Kampfruf des Premierministers werde gerade ihren Ideen die Aufmerksamkeit des Volkes sichern. Lloyd George braucht nicht die Arbeiterpartei vor ihren extremsten Anhängern zu retten. Es sei nötig, daß er sich vor den Monopolisten und den Häuptern der Syndikate und Trusts rette, die es seiner Regierung unmöglich machen, etwas anderes zu tun, als die Dinge laufen zu lassen. Ohne Nationalisierung sei die Verbesserung der gesellschaftlichen Ordnung unmöglich. In gleicher Weise sprechen sich die anderen aus; im Gegensatz zu Lloyd George vorsichtig abwägend und in dem Bestreben, keine Bevölkerungsschicht zu verletzen. Der Wahlkampf selbst wird auf beiden Seiten größere Schärfe bringen, und die Arbeiterpartei wird den Wählern ein klar umrissenes Programm vorlegen müssen. Es ist auf die Dauer nicht möglich, der Klassenkampfparole auszuweichen und wir meinen, daß auch die Masse des britischen Volkes verstehen wird, welche Klasse seine Interessen am besten wahrnimmt. Die Klasse der Kapitalisten, deren unerhörte Profite aus den Taschen des mittleren Bürgertums so gut wie aus denen des Proletariats gezogen werden, oder die Arbeiterklasse, die den Kampf eben gegen die Profitmacherei führt.

Die Kämpfe bei Cottbus.

Aus der Niederlausitz wird uns geschrieben:

In Cottbus und in der ganzen Niederlausitz setzte die Abwehraktion gegen den Kapp-Putsch geschlossen ein. Der Generalstreik wurde strikte durchgeführt. Die Reichswehr in Cottbus stellte sich unzweideutig auf den Boden der Kapp-Lüttwitz-Regierung. Der Kommandeur, Major Buchrucker, nahm scharf gegen den Generalstreik Stellung und ließ Plakate zum Schutz der Arbeitswilligen ankleben, wobei er sich auf Noske berief. Das provozierende Verhalten der Reichswehr führte rasch zu dem ersehnten Ziel der reaktionären Offiziersclique: **in den Straßen von Cottbus floß Blut.** Die Druckerei unseres Parteiblattes wurde zerstört. Da auch bürgerliche Elemente der Soldateska zum Opfer gefallen waren, war die Empörung der Bevölkerung allgemein. Man schrie nach Waffen! Die Waffen der Einwohnerwehr waren während der Nacht von der Reichswehr geraubt worden, die außerdem eine große Zahl von Zeitfreiwilligen eingezogen hatte und alle Vorbereitungen zu einem reaktionären Schreckensregiment traf.

Da eilten bewaffnete Arbeiter aus der Niederlausitz, die durch Entwaffnung von Einwohnerwehren und reaktionären Landgemeinden in den Besitz von Waffen gelangt waren, zum Schutze der bedrohten Cottbuser Bevölkerung herbei. In mehrtägigen Kämpfen, bei denen auch Artillerie verwendet wurde, gelang es den kämpfenden Arbeitern, trotz mangelhafter Organisation und Verpflegung, **durch ihren begeisterten Kampfeswillen und ihre überlegene Gefechtskraft die Reichswehr in ihre Kaserne zurückzudrängen und dort festzuhalten.** Ein Panzerzug von Frankfurt a. O., der der blockierten Reichswehr zu Hilfe eilen wollte, wurde zum Stehen gebracht und die Eisenbahnschienen vor und hinter dem Zuge gesprengt. Der Kommandeur der Reichswehr suchte nun durch eine Mittelsperson Verhandlungen anzubahnen und es kam zu einer Art von Waffenstillstand. Eine Fortführung der bewaffneten Aktion seitens der Arbeiterschaft kam angesichts der Gesamtlage nicht in Frage. Die Rechtssozialisten waren beim Beginn der Kämpfe aus dem Aktionsausschuß ausgeschieden und verhielten sich passiv. Die Zahl der Toten belief sich auf seiten der Arbeiterschaft auf 21, die Zahl der Verwundeten auf 16. Die Reichswehr verheimlichte ihre Verluste, die bedeutend größer sein dürften. **Alles in allem hat sich die Arbeiterschaft der Niederlausitz wacker geschlagen.**

Verfolgung von Fahnenflüchtigen.

Der Unfug der Strafverfolgung von ehemaligen Heeresangehörigen, die lange vor der Revolution fahnenflüchtig gewesen, dann aber ordnungsmäßig entlassen worden sind, wird immer noch fortgesetzt. **Vor uns liegt wieder ein Befehl des Gerichts der Landwehr-Inspektion Berlin, der einen solchen Fahnenflüchtigen zur Vernehmung wegen der gegen ihn anhängigen „Untersuchungssache wegen Fahnenflucht" ladet.** Die „Tat" ist im Januar 1917 begangen worden und der also Verfolgte konnte trotzdem in den ersten Monaten der Republik mit vorläufiger Entlassung und Bekleidungsschein aus dem Heeresdienst ausscheiden.

Das natürliche Rechtsgefühl bäumt sich auf gegen solche Verfolgungen, die sich jahrelang hinziehen. Die Betroffenen sehen in ihnen mit Recht ein Zeichen dafür, daß die durch die Revolution errungenen Freiheiten durch die Militärbehörden aus eigener Machtvollkommenheit rückgängig gemacht werden. Jetzt ist jedoch die Gelegenheit gegeben, um auch diesen Eigenmächtigkeiten entgegenzutreten. Der Zeitpunkt der Umbildung des gesamten Militärwesens sollte benutzt werden, um auch dieser Willkür Einhalt zu tun. Jeder Rest, der bestehen bleibt, ist gefährlich. Und zu den erheblichsten und gefährlichsten Resten gehört diese besondere Militärjustiz. Ihre Beseitigung muß zu den ersten Maßnahmen des Reichswehrministers gehören.

Erhöhung der Brotpreise.

Durch die Gewährung der Lieferungsprämien an die Landwirtschaft, sowie durch die Notwendigkeit der Einfuhr von Brotgetreide zu den hohen Auslandspreisen ist auch eine Erhöhung des Mehlpreises unabwendbar geworden. Der Mehlpreis ist jetzt deshalb von 102 Mark auf 204 für den Doppelzentner erhöht worden. Welche Erhöhung des Brotpreises für Berlin dadurch nötig wird, ist noch unbestimmt.

Vom Lebensmittelverband Groß-Berlin wird uns mitgeteilt:

„Die amtlichen Auslassungen der Reichsstellen über die Berechnung der neuen Mehlpreise enthalten auch Mitteilungen über einen neuen Brotpreis in Höhe von 3,85 Mark, die aber auf irrigen Voraussetzungen beruhen. Die Erhöhung der Mehlpreise einschließlich der ihr automatisch folgenden Erhöhung der Umsatzsteuer ergibt bereits bei richtiger Berechnung einen über 4 Mark hinausgehenden Brotpreis. Inwieweit der Lebensmittelverband die bei ihm angemeldeten Ansprüche der beteiligten Gewerbekreise noch berücksichtigen kann und wie sich danach der neue Brotpreis endgültig gestalten wird, wird der Lebensmittelverband in einer Sitzung am kommenden Dienstag bestimmen. Preis wie Begründung werden der Oeffentlichkeit bekanntgegeben werden."

Es ist unmöglich, daß eine Erhöhung der Brotpreise um fast das Doppelte des jetzigen Preises von der Arbeiter- und Angestelltenschaft getragen werden kann, ohne gleichzeitige Erhöhung der Löhne.

Soeben erschien:

Richtlinien

für ein

Gemeindeprogramm

Entworfen von Emanuel Wurm

Zweite Auflage — Preis 60 Pfennig

Organisationen erhalten Rabatt

Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8—9

Gewerkschaftliches.

„Diktatur der Gewerkschaften?"

Die technischen Angestellten und Beamten für die 8 Punkte.

Zu einer machtvollen Kundgebung für die acht Forderungen der Organisationen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und der sozialistischen Parteien gestaltete sich am Donnerstag eine Massenversammlung des Bundes der technischen Angestellten und Beamten. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung stand das Thema: „Diktatur der Gewerkschaften?" Als erster Redner ergriff Genosse Aufhäuser das Wort. Die Widerstände in der Nationalversammlung gegen die Forderungen der Organisationen, die den Generalstreik proklamiert haben, seien zum Teil auf die tendenziöse Berichterstattung gewisser Zeitungen zurückzuführen. Unverrückbar werde an den 8 Forderungen festgehalten. Wenn in Zukunft die Bekanntmachungen von den Organisationen formell getrennt unterzeichnet würden, so bestünden doch nicht die geeigneten Meinungsverschiedenheiten. Die Vertreter der 8 Punkte seien genau so gut Demokraten wie die umgefallenen Redakteure des „Berliner Tageblattes". Unter Protest müsse es abgelehnt werden, daß Angestellte und Beamte gegen die Arbeiter ausgespielt werden. Die Koalition der Kopf- und Handarbeiter habe die Feuerprobe bestanden. Manchen Leuten sei das äußerst unangenehm, aber nicht im entferntesten werde daran gedacht, diese Koalition aufzugeben. Diese Koalition sei das Bollwerk einer wahrhaft freien Republik.

Anschließend ergriff Ingenieur Schweitzer das Wort, der im Verlaufe seiner Ausführungen sehr scharf die Betriebsrätezentrale angriff, unter heftigem Widerspruch eines Teiles der Versamlung. Als dritter Redner ergriff Händeler für die Beamten das Wort.

Während der anschließenden Diskussion, an der sich u. a. durchaus sachlich Chefredakteur Ruschke und Franz Krüger beteiligten, kamen in großen Trupps Teilnehmer einer Versammlung der Kommunistischen Arbeiterpartei in den Saal und störten durch wirre Zwischenrufe und Lärm die Versammlung. Als Krüger das Wort ergriff, steigerte sich der Lärm, junge Burschen stürmten mit Stöcken auf die Bühne und warfen mit Biergläsern. Krüger entzog sich durch schleunige Flucht den zugedachten Tätlichkeiten. Es setzte ein unbeschreibliches Durcheinander ein. Der größte Teil der Versamlungsteilnehmer flüchtete. Einige Teilnehmer verloren Hüte, Stöcke und Ueberzieher. Mit großem Beifall war von den Beamten und Angestellten folgende Resolution begrüßt worden, die von der nunmehr eröffneten Kommunistenversammlung abgelehnt wurde:

„Die am 15. April in der Unionsbrauerei tagende öffentliche Versammlung der technischen Angestellten und Beamten Groß-Berlins stellt sich auf den Boden der anläßlich des Generalstreiks von den Gewerkschaften mit der Regierung und den Regierungsparteien getroffenen Vereinbarungen. Sie erblickt in diesem Abkommen das Mindestmaß von Sicherungen, um die Wiederholung eines militärischen Putsches zu verhindern. Die vereinbarten acht Punkte stehen durchaus im Einklang mit der demokratischen Verfassungsgrundlage der Deutschen Republik. Die Versammelten können nicht anerkennen, daß der Parlamentarismus als die alleinige Ausdrucksform der Demokratie gelten soll, fordern vielmehr, daß den Angestellten, Beamten und Arbeitern als den lebendigen produktiven Kräften unseres Wirtschaftslebens ein entscheidender Einfluß auf die Gestaltung von Staat und Wirtschaft eingeräumt wird. Die Gewerkschaften haben als die Beauftragten der in der Generalstreikaktion koalierten Arbeitnehmerschaft die unabweisbare Pflicht, die im § 165 der Reichsverfassung längst angekündigte wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung der Arbeitnehmer nunmehr endgültig der Erfüllung zuzuführen. Der diesmalige Verlauf der Kabinettsbildung hat auch bereits den Beweis erbracht, daß die Rechte der politischen Parteien durch die Mitwirkung der Gewerkschaften eine Beeinträchtigung nicht zu erfahren brauchen. Es muß ferner gegenüber irreführenden Mitteilungen festgestellt werden, daß die Gewerkschaftszentralen keine lokalen Körperschaften von Berlin darstellen, sondern als die Beauftragten der gesamten Arbeitnehmerschaft aus allen Teilen der Republik anzusprechen sind.

Gleichzeitig richtet die Versammlung an die Regierung der Republik die dringende Aufforderung, unverzüglich einen provisorischen Reichsarbeiterrat ins Leben zu rufen, dessen erste Aufgabe es sein muß, die Errichtung der in der Verfassung vorgesehenen Bezirksarbeiterräte und des endgültigen Reichsarbeiterrates vorzubereiten.

Die Versammlung ruft alle Angestellten und Beamten auf, die im Generalstreik bewiesene Solidarität mit den Arbeitern weiter zu pflegen. Sie sieht in der Einheitsfront aller Arbeitnehmer die beste Gewähr für den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft im sozialen Geist."

Nach Ablehnung der Entschließung ergriffen einige Kommunisten das Wort, unter ihnen die Kommunistin Klassen und ein gewisser „H", der sich von dem Vorsitzenden gleich eine Märtyrerkrone aufs Haupt drücken ließ, denn er habe in Schutzhaft gesessen. Sie feierten die Versammlungssprengung als eine „revolutionäre Tat" und seien erfreut darüber, daß die Arbeiter dabei so viel „Lebendigkeit" und „Mut" an den Tag gelegt hätten.

*

Unser Berichterstatter befand sich beim Einsetzen der „revolutionären Aktion" der Kommunisten auf der Bühne. Auf dem Pressetisch lag sein Notizbuch und eine kleine Wildledertasche mit etwa 80 Mk. Während alle anderen Sachen unberührt blieben, sind Notizbuch und Taschen verschwunden. Um Abgabe der Sachen auf dem Sekretariat der „Freiheit" wird gebeten.

Revolution in der „Knorr-Bremse".

Diese Ueberschrift trägt eine W. T. B.-Meldung über die Vorgänge, die sich gestern in der Knorrbremse abspielten. Von den dort beschäftigten Arbeitern wird uns folgende Darstellung gegeben:

Seit Montag, den 12. 4. wurden vom Arbeiterausschuß bei der Direktion Verhandlungen über Lohnforderungen nachgesucht. Diese sind aber von der Direktion bis Donnerstag nicht aufgenommen worden. Das führte zu einer starken Erregung der Arbeiterschaft. Sie zogen am Donnerstag mittag in das Verwaltungsgebäude und verlangten von der anwesenden Direktion eine Wirtschaftsbeihilfe von 500 M., die Erhöhung des Stundenlohnes auf 6 M. und Streichung der gezahlten Vorschüsse (ca. 200 M. pro Person). Die Erhöhung der Stundenlöhne sowie Streichung der Vorschüsse wurden abgelehnt, dagegen die Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 500 M. mündlich und schriftlich zugesichert.

Dieselbe Zusage wurde nachher völlig freiwillig in einer Betriebsversammlung wiederholt. Auch erklärte man dabei ausdrücklich, daß man die Vorgänge nicht zum Anlaß nehmen würde den Betrieb zu schließen. Im Laufe des gestrigen Abends scheint aber der bekannte Scharfmacherverband der Metallindustriellen eingegriffen zu haben, der nun die wahrheitswidrigen Nachrichten durch das offiziöse Depeschenbüro verbreiten läßt, und die Schließung des Betriebes anordnete. Letztere wurde denn auch heute morgen unter Zuhilfenahme der Sicherheitswehr durchgeführt. Die Sicherheitswehr greift also trotz der Zusagen noch immer in die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter ein.

Groß-Berlin.

Schonet Wald- und Parkanlagen!

Der Winter ist vorüber. Mutter Natur ist dabei, wieder ein grünes Kleid anzulegen. Bäume und Sträucher belauben sich. In der Großstadt haben die Parkanlagen während der Kriegszeit nicht so bewirtschaftet werden können, wie wir das früher gewohnt waren; aber es wurde immer noch darauf gesehen, daß sie uns gut erhalten blieben. Ihre Bearbeitung kostet viel Arbeit und Geld. Sie sind für den Großstädter bestimmt, ihn zu erfreuen und zur Erholung beizutragen. Wer da weiß, wieviel Mühe und Kosten ein einziger Baum in Berlin verursacht, wird alles tun, um ihn zu erhalten und zu schützen. Leider macht sich an manchen Stellen ein starker Vandalismus geltend. Vielfach sind es Kinder, die das frische Grün von den Sträuchern abbrechen, um es bald wieder fortzuwerfen. Davon hat niemand einen Vorteil, alle aber Nachteil. Es ist nicht möglich, hinter jeden Strauch einen Wächter zu stellen. Hier muß das Publikum Wächter spielen. Das liegt im Allgemeininteresse. Gerade die Arbeiterschaft, die in den Sommermonaten hier bleiben muß, braucht die Erholungsgelegenheiten dringend; sie dürfen ihr nicht durch Mutwilligkeit und Gedankenlosigkeit entzogen oder beeinträchtigt werden. Was für die Parkanlagen mit ihrem Blumenflor gilt, das gilt auch für den Wald. Auch er sollte geschont werden. Er sollte auch nicht verunreinigt werden durch Papierreste und anderes mehr. Reinlichkeit muß im Walde herrschen wie zu Hause. Wo der eine weggeht, kommen andere hin. Die Allgemeinheit muß den Schutz des Waldes und der Parkanlagen übernehmen. Jeder sollte sein eigener Wächter sein.

Einstellung Schwerbeschädigter.

Die Deputation für Arbeitsnachweis gibt bekannt: Trotzdem, daß bereits durch Verordnung vom 9. Januar 1919 allen größeren Betrieben, Bureaus und Verwaltungen die Einstellung von Schwerbeschädigten zur Pflicht gemacht war, harren noch zahlreiche einer Verwendung. Da die Unterlassung der Einstellung eine empfindliche Strafe — Buße bis zu 10 000 Mark, welche vom Schlichtungsausschuß verhängt wird — nach sich zieht, so liegt es im Interesse der Geschäftsinhaber, eine Zuweisung von Schwerbeschädigten bei dem zuständigen Arbeitsnachweis zu beantragen. Zur Gewährleistung einer allgemeinen Durchführung hat sich die Behörde veranlaßt gesehen, durch besondere Kontrollbeamte Nachforschungen anzustellen. Bemerkt wird, daß auf 25 bis 50 Beamte, Angestellte, Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts ein Schwerbeschädigter und je ein weiterer Schwerbeschädigter auf je 50 weitere Arbeitnehmer zu beschäftigen ist.

Die Not der Arbeitsinvaliden.

Fortdauernd gehen uns Zuschriften aus den Kreisen der Arbeitsinvaliden, der Siechen, Unfallbeschädigten und Armenrentner zu, die in beweglichen Worten das Elend dieser Menschen schildern. Wir haben verschiedene Male schon darauf hingewiesen, daß es bei dem gesunkenen Geldwert diesen Armen ganz unmöglich ist, mit den paar Bettelpfennigen, die sie erhalten, auch nur das nackte Leben zu fristen. Bisher ist noch nicht viel geschehen, um das Los dieser Leute zu verbessern, die winzigen Teuerungszulagen sollen gar nicht ins Gewicht.

Es wird nun auch den Arbeitsinvaliden nichts weiter übrig bleiben, als sich in einer Organisation zusammenzuschließen, um durch diese ihre Interessen vertreten zu lassen. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden, Sitz Frankfurt a. M., hat sich diese Aufgabe gestellt, und es sollten sich ihm alle Rentenempfänger anschließen. Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Groß-Berlin befindet sich in Berlin N. 58, Sankt-Benkammerstr. 6.

Eine von dieser Ortsgruppe in Neukölln einberufene und sehr gut besuchte Versammlung nahm nach vorhergegangener Aussprache die nachstehende Resolution einstimmig an:

„Die heute am 8. April 1920 tagende Versammlung der Rentenempfänger protestiert ganz energisch gegen die unerhörte Verteuerung aller Lebensmittel und täglichen Bedarfsartikel. Sie fordern vom Reich Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe, sofortige Erhöhung aller Renten um 100 Prozent. Sie fordert weiter von den Kommunen sofortige 100 prozentige Erhöhung aller jetzt gewährten Pflege- und Armengeldsätze. Ferner fordern die Versammelten, in Anbetracht des unerschwinglichen Fahrgeldes auf den Straßenbahnen, daß allen Geschwächten und im Gehen schwer behinderten Personen, sofern sie Mitglied des Zentralverbandes sind, Fahrpreisermäßigung, durch Ausgabe von 10-Pf.-Invalidenfahrscheinen — wie sie bereits in Frankfurt a. M. eingeführt — zu gewähren."

Die Forderungen, die hier erhoben werden, sind gerechtfertigt und es muß verlangt werden, daß ihnen nachgekommen wird. Mit dem Hinweis auf den Mangel an Mitteln dürfen sie nicht abgewiesen werden. Wenn gespart werden muß, dann an anderen Dingen, die nicht notwendig sind.

Tödlicher Unfall einer Greisin. Von einer Kraftdroschke überfahren wurde gestern die 73 Jahre alte Frau Zillmeister aus der Rigaer Straße 95, als sie auf dem Nollendorfplatz einen Straßendamm überschreiten wollte. Sie wurde so schwer verletzt, daß sie im Krankenhause gleich nach der Aufnahme starb. Der Wagen, der das Unglück anrichtete, fuhr davon und konnte nicht festgestellt werden.

Fünf Strafgefangene entsprungen. Aus dem Gefängnis in Landsberg a. d. W. entsprang gestern ein „schwerer Junge", ein wiederholt vorbestrafter Einbrecher, der 29 Jahre alte Weiler Paul Dardas mit vier anderen Gefangenen.

Seinen Eltern in den Tod gefolgt ist der 20 Jahre alte Schneider Erich Zauder aus der Gneisenaustraße 6a. Der junge Mann verlor in kurzer Zeit Vater und Mutter, an denen er sehr hing. Er wurde so schwermütig, daß er auch nicht länger mehr leben wollte. Gestern fand ihn ein Vetter in seiner Wohnung tot auf. Er hatte sich an einer Türklinke erhängt.

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend: Mild und zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit leichten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden.

Vereinskalender.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 2, Hilfskräfte des Magistrats. **Mitgliederversammlung heute abend 6½ Uhr,** in den Sophien-Sälen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Zentralverband der Glaser.
Zahlstelle Berlin.
Montag, den 19. April, abends ½7 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Bezirksbesteuerung. 3. Abrechnung vom 1. Quartal.
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
Die Ortsverwaltung. J. A.: Max Gurtlich.

Parteisekretär
für den Gau Rheinpfalz gesucht. Bedingung ist Nachweis langjähriger Tätigkeit in der Arbeiterbewegung (politisch und gewerkschaftlich), zwei Jahre Mitglied der U.S.P. Agitatorische und organisatorische Befähigung. Eintritt möglichst sofort. Zuschriften bis 25. April an Jacob Müller, Ludwigshafen a. Rh., Mundenheimer Straße 227.

Prozesse, Rat, Beistand, mündl. Prüfung, Entwürfe, Eingaben, Klagen, Berufungen, Beschwerden, Verteidigungen. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Alexanderstr. 45. Gesellsch. (ges. Tiefb.) 8-7. Bürg. Erfolge. Beobacht. Mitw. asmb. Juristen. Sonntag 10—2 Vertrauenssachen!

Komplette Jahrgänge des
Sozialist
von 1919 sind noch zu verkaufen. Preis des Jahrganges Mark 20.—
Organisationen erhalten hohen Rabatt. Der Jahrgang, dem ein ausführliches Register beigegeben ist, ist unentbehrlich für Referenten, Parteibibliotheken etc. Bestellungen sind zu richten an den
Verlag T. Breitscheid, Berlin W 15, Fasanenstr. 58, sowie a. d. Buchhandlg. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8/9
Daselbst auch Entgegennahme von Abonnements für das neue Quartal

Buchdrucker!
Am Montag, den 19. April, abends 8 Uhr, findet in den „Armin-Hallen", Kommandantenstraße 58/59, eine
Versammlung aller oppositionellen Buchdrucker statt.
Referent: Kollege Dampe.
Erscheint zahlreich! Mitgliedskarte legitimiert.
Der Aktionsausschuß. J. A.: Karl W. Schmidt.

Schnellaufbohrer,
Schmiergelleinen, Naturstahl, Fräser, Reibahlen, Gewindebohrer neue kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
Händler Extrapreise.
Henschel,
Moabit, Rostocker Str. 22.

Alt-Metalle
von Händlern
für Engrosverwertung.
Invalidenstr. 142, Norden 9060.

Kauf Phonographen-Walzen
jeden Posten zu guten Preisen.
R. Nachmstein, G. m. b. H., Charlottenb., Windscheidstr. 5

Spezialarzt Dr. med. Grüterich
Haut-, Harn-, Geschlechtskrankheiten, Schwäche, Impotenz
Invalidenstraße 35,
Nähe Chausseestr. a. Stett. Bhf.
11-1, 4-6, Sonntags 12—1

Mir oder Mich
Vorzügl. Lehrbuch der deutschen Sprache . . M. 3.—
Schönschreibschule . M. 2.—
Rundschrift . . . . M. 2.—
Buchführung . . . M. 2.—
per Nachnahme.
Bücherversand M. Koszczol
Berlin SW 68.

Berlin kauft seit
ca. 70 Jahren
Rauch
Bohnen-
Kaffee
Invalidenstraße 164.
Eckhaus Brunnenstraße.

Spritzpumpen, Schläuche, Ersatzteile, billigst. Kochlin & Co., Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 20/22.

Arbeiter u. Arbeiterinnen
die auf Glimmerringe gearbeitet haben, gesucht
Mika-Werke, G. m. b. H.
Neue Grünstraße 27.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zinn, Zink und Blei, auch Edelmetalle kauft höchstzahlend
Metall-Einkauf-Zentrale
Kottbuser Damm 66. Mpl. 13580

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting,
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3706 und 8518.

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-, Silber-Abfälle
Zahngebisse
kauft zu riesig hohen Preisen
in unseren 6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48
am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29
nahe der Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2
Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln
Kais.-Friedr.-Str. 229
nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72
am Boltenplatz.

Höchste Preise
zahlt für neue Spiralbohrer, Holzschrauben, Schmirgelleinen. Müller, Neue Königstraße 38 (Alexanderpl.)

Der Arbeiter Fritze Kiesewetter hat sich beim Lesen der neuesten Nummer der Freien Welt totgelacht.

Annahme in allen Speditionen des Verlages

KLEINE ANZEIGEN

Geschäftsstelle: Berlin SW 6, Schiffbauerdamm 19

Das Ueberschriftswort 1.15 M., jedes weitere Wort im Text 85 Pf.; hierauf 30% Zuschlag; Stellengesuche ohne Zuschlag

Verkäufe

Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.

Gardinen billig! Nach beendeter Inventur empfehle wir Gardinenstoffe, Meterware Mark an! Künstlergardinen, Schalgardinen, Tüllbettdecken, Stores, ferner Teppiche, Tischdecken, Diwandecken, Steppdecken usw. zu Engrospreisen. Hernig & Weininger, Gormannstraße 1 (Ecke Weinmeisterstraße) II. Etage.

Gardinenverkauf Fenster 95 Mark, Tüllbettdecken, Stores, Diwandecken, Bettbezüge, Laken, Admiralstraße 4 I.

Gardinen aller Art, Künstlergardinen in großer Auswahl, sowie Stores, Bettdecken, Gardinenhaus, sehr preiswert, Manteuffelstraße 1, nahe Jannowitzbrücke, Alexanderplatz.

Sie bezahlen anderswo teures Stoffeinkauf, hohe Ladenmiete! Bei **mir** kostet **Ihr neuer Anzug,** Friedensqual, Extra-Anfertigung, infolge enorm billiger Stoffgroßkäufe meiner Engrosabteilung bisher unter 800—1000 M. Auch Stoffverkauf Restposten Meterware 250—420 M. Probearbeiten möglichst vorm. in meinem Montagsbetrieb Dresdenerstraße Sonntagsdienst 1, gegenüber Bahnhof Alexanderplatz. Arzer Rus. Vät. Maßschneiderei, gegründet 1892.

Großer Verkauf allerhand Gardinen, Stores, Decken, prachtvolle Teppiche, Persermuster, Läuferstoffe, Brücken, Felle und allerhand Wäsche empfiehlt besonders preiswert Fried's Ausstattungshaus, Prinzenstraße vierundachtzig, zwei Treppen, am Moritzplatz, kein Laden. Für Wiederverkäufer besondere Abteilung.

Bessere Anzüge, fertig und nach Maß, spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Kuss, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Halbumsonst! Kreuzfüchse, Alaskafüchse, alle Pelzarten, Massenauswahl. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2 neben Jandorf. Eing. Leihhaus.

Möbel

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, roh, gestrichen, lasiert, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbel-Fabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Kehfeld. Badstr. 34, große Auswahl in kompletten Schlafzimmern, neu und gebraucht, von 1950.—, zirka 30 Küchen alle Farben, von 450.—, Wohn- und Speisezimmer, nur Gelegenheitskäufe. Kleiderschränke und Vertikos von 240.—, Diwanchaisen, neu und gebraucht, Waschkommoden, **Tische und Stühle, Trumeaux in jeder Preislage. Versand auch außerhalb.**

Chaiselongues. 150.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Meicke, Auguststr. 82a, Gesch.

Gelegenheitskäufe. Kleiderspinde, Vertikos, Trumeaux, engl. Bettstellen, moderne Küchen, Sofas, Ruhebetten, Schreibtische und ganze Wirtschaften verkauft preiswert Goldmann, Danziger Str. 80.

Selten billig! Schlafzimmer, helleiche, nußbaum, 130-160 breiter Spiegelschrank, Wohnzimmer, Speisezimmer, Sofa, Umbauten, Küchen, Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

3 Metall-Bettstellen, 1 Kleiderschrank, 2 Stühle, 1 Tisch, 1 Waschständer, verkauft Kurnik, Grüner Weg 7.

Möbelankauf. Schreibtische, Bücherschränke, Büfetts, ganze Wirtschaften, Nachlässe kauft Woldenberger Straße 2, Möbelgeschäft. Alexander 1887.

Kaufgesuche

Goldbruch und Silberbruch, Uhren, Wertsachen kauft höchstzahlend, Schubert, Baerwaldstraße 53.

Zahngebisse, Platin, Goldbruch und Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze, Blumenstraße 38.

Altmetalle kaufen, auch kleine Posten, neue erhöhte Preise, Hentschel & Stephan, Metallgießerei, Dresdener Str. 50.

Schnellbrehstahl, Spiralbohrer, kauft bis 150% Aufschlag, Dynamodraht, Schwendt, Woldenberger Str. 10 Seitenflügel part.

Dynamodrähte, Seidendrähte, Leitungsdrähte, Litzen, Installationsmaterialien, kauft große, kleine Posten Lonkowski, Dresdener Str. 82-83 (Einkauf I. Etage. Telefon Moritzplatz 151 +61.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen, Motore kauft zu den höchsten Preisen Elektrobüro Lange Straße 27 I, nicht Keller, Ecke Andreasstr. Alex. 3939.

Kupferdrähte, Kabel, Litzen kauft zu den höchsten Tagespreis. Schumann, Lutherstraße 29, Hof part. Kurf. 2054.

Kupferleitungen, Dynamodrähte, Motore kauft jeden Posten. Saebel, Koppenstr. 15 I. Treppe. Alexander 2939.

Leim Kilo 32.— bis 36.— Mark jeden Posten kauft Bilzer, Bandelstraße 14, v. IV.

Pinsel, Schellack, Leim, Benzin sowie sämtl. Materialien kauft Schmidt & Wehner, Fehrbelliner Str. 24.

Leim, Schellack, jeden Preis, kauft Siebold, Blumesstraße 74.

Leim, Pfund 10.— Mark, Schellack kauft Hinze, Webergstraße 43/44.

Entlassungs-Anzüge u. Uniform kauft höchstzahlend Rosenberg, Rosenthaler Str. 14!

Kaufe, Schallplatten 10.—, Walzen 10.—, Tafelleim 32.—, Schellack 150.—, Ankaufsstelle Neukölln, Jahnstraße 58.

Kaufe Treibriemen, auch Enden, Werkzeuge für Maschinenfabrik. Koschel, Ackerstraße 133.

Schellack, Leim, jede Menge, kauft Engel, Lychener Straße 110.

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager, Spiralbohrer, Feilen, Fräser, Werkzeuge, Schmirgelleinen, Holz-, Schloß- u. Maschinenschrauben usw. Nägel, Boschmagnete u. Boschkerzen kauft dauernd jeden Posten zu höchsten Preisen Zigarrengeschäft Gubener Straße 36, Tel. Kgstdt. 3778.

Kugellager, Spiralbohrer, Werkzeuge, Feilen, Fräser, Holz-, Schloß- und Maschinenschrauben, Schmirgelleinen, Hammer, Zangen, Nägel sowie sämtl. Elektro-Artikel, Boschmagnete, Boschkerzen usw. kauft dauernd jeden Posten zu den höchsten Preisen, nur neu. Schlosserei Ebertystraße 46. Tel. Kgstdt. 2783.

Spiralbohrer, Holzschrauben, Schmirgelleinen kauft höchstzahlend Lanzke, Belle-Alliance-Str. 9a.

Elektro-Materialien, Draht, Litzen, Kabel, Motoren, Dynamodrähte u. Glühlampen kauft höchstzahlend Einkaufs-Zentrale, Fennstraße 52. Am Weddingplatz, Moabit 6934.

Spiralbohrer S. S. konisch + 400 kauft Machek, Neukölln, Emser Str. 74. Tel. 8893.

Spiralbohrer I Kauft zu konkurrenzlosen Preisen. Adolf Lebitzki, Kommandantenstr. 65.

Spiralbohrer! Schmirgelleinen, Feilen, Werkzeuge und Motore kauft zu konkurrenzlosen Preisen. Maschinen- u. Werkzeugvertrieb, Sickinger Str. 80, Ecke Beusselstraße.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Gewindebohrer, Naturstahl, Feilen kauft jeden Posten Jungnick, Prinzenstraße 8, Moritzplatz 14318.

Spiralbohrer, Feilen, zahlt über alle Annoncen Amthor, Christburger Str. 41.

Konkurrenzlose Höchstpreise für Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Holz- und Maschinenschrauben, Feilen, Werkzeuge und Metalle aller Art, Boschmagnete, Zündkerzen etc. etc. Arno Anders, Große Frankfurter Straße 101.

Ueber Höchstpreise zahle ich für **Spiralbohrer** aus Schnell- und Werkzeugstahl, Gewindebohrer, Naturstahl, Holzschrauben und Maschinenschrauben, Feilen, Schmirgelleinen, sämtliche Werkzeuge. P. Haffner, Landsberger Straße 85. Kgst. 9375.

Spiralbohrer bis 200%, Schmirgelleinen, Dreibackenfutter, Werkzeuge, Maschinen, Motore, Holzschrauben kauft Prinzenstr. 13 Einkaufsbüro.

Spiralbohrer. Werkzeuge aller Art, kauft Schmidt, Nansenstr. 31. Mpl. 9801.

Höchstpreise für Spiralbohrer, Holzschrauben, Naturstahl, Schmirgelleinen, zahlt Schmidt, Plauener & Hallesches Tor.

Spiralbohrer. Werkzeuge kauft Eckert, Reisdickendorfer Straße 69.

Spiralbohrer, Werkzeuge und Schmirgelleinen kauft Werkzeughandlung Laisenaler 18.

Boschkerzen, Magnete, Zenith, Pallasvergaser, Motoren und Autozubehörteile kauft Brandt, Schlesische Str. 12, Moritzplatz 1484.

Unterricht

Richtig deutsch
sprechen, schreiben lehrt Erwachsenen (sechsabends) sehr erfolgreich tüchtiger Sprachlehrer. Anfrag. unt. „Postlagerkarte 197" Briefpostamt Berlin

Fahrräder

Fahrradankauf. Motorräder, Schreibmaschinen, höchstzahlend. „Brückner", Gitschiner Straße 78.

Fahrradgummi Riesenauswahl. Schlawe, Weinmeisterstraße 4.

Gebrauchte Herren-, Damen-**Fahrräder,** neue Bereifung von 480.— M. an. Gummi spottbillig. Wichertstraße 18.

Tiermarkt

Hühner, Kaninchen, Tauben verkauft Prochtstraße 43, Laden.

Hühner, Kaninchen verkauft Landsberger Straße 11.

Arbeitsmarkt

Kaufmann, oder Branchemann für aufstrebendes größeres Baugeschäft als Prokurist gesucht. Kenntnisse auf diesem Gebiet und gute Beziehungen im Baufach Vorbedingung. Verlangt wird soz. polit. und frei-gewerkschaftl. Organisation. Bewerbungen unter „Gombaggen" an die Geschäftsstelle der Freiheit, Schiffbauerdamm 19.

Schlosserlehrling verlangt Schlosserei Skalitzer Straße 119.

Kartonnagen-Arbeiterinnen in und außer dem Hause, sowie Lehrmädchen, verlangen Engelbach & Käusch, Magdeburgerstr. 11.

Ansiedelungen

Baustellen
Saatkartoffeln, Düngekalk, Lehm. Hohenneuendorf, Fredersdorf. Kleine Anzeigen, Hälsen, Steglitz, Treitschkestr.